

Bezugspreis:

Stückpreis 7,50 RM, monatlich 2,00 RM, jährlich 24,00 RM...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 10. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Zwei Noten an Clemenceau.

Versailles, 9. Mai. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rangau, hat heute abend folgende Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, geschickt:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der übergebenen Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen ist...

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Dieses ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(gez.) Brockdorff-Rangau.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie dabei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Notiz: Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der Feingehalt in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundesvertrages.

Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge.

Versailles, 9. Mai. Die „Journal“ berichtet, haben die Alliierten für die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge folgendes Verfahren angenommen: Die deutschen Vorschläge werden zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Das Komitee der fünf Minister des Auswärtigen regelte gestern die ungarischen Grenzen. Alle Ausnahmefälle wurden gutgeheißen. Heute fallen die österreichischen Grenzen geregelt werden.

Neue Sitzung der Friedensdelegation.

Versailles, 9. Mai. Heute abend hat unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rangau eine weitere Sitzung der Friedensdelegation stattgefunden.

Versailles, 9. Mai. Aus den in Artikel 107 des Friedensvertrages ausgesprochenen Beschränkungen der drahtlosen Telegraphie ist hervorzugehen, daß sie sich nur auf die Stationen mit großer Reichweite beziehen, Hannover, Berlin etc.

Belgiens Ansprüche vor Wilson.

Paris, 10. Mai. Genad. Die belgische Delegation veröffentlicht folgende Note: Oyman wurde am Freitag zu Wilson gebeten, wo er vor dem Biererrate die Ansprüche Belgiens auf Deutschsüdwestafrika in Erinnerung brachte.

Deutschösterreichs Vertretung in Paris.

Die Zusammensetzung der Delegation.

Wien, 10. Mai. Corr.-Bur. Als Bevollmächtigter Deutschösterreichs und verantwortlicher politischer Leiter führt Staatskanzler Dr. Renner die Friedensdelegation nach St. Germain. Er ist berechtigt, die Haltung der Delegierten entsprechend den von den Völkervertretern beschlossenen allgemeinen Richtlinien zu bestimmen.

China protestiert gegen den Friedensvertrag.

Brandstiftung und Unruhen im Lande.

Amsterdam, 10. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge melbet die „Times“ aus Peking, daß in vier großen Versammlungen der Vereinigung für auswärtige Beziehungen beschlossen wurde, den chinesischen Delegierten zu Paris zu telegraphieren, daß sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen sollen.

Das Abkommen über die Kriegsgefangenen.

Rückkehr nach Unterzeichnung des Friedens.

Versailles, 10. Mai. (T.R.) Abteilung 6 des Friedensvertrages sieht vor, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedens in die Heimat zurückgeführt werden.

Frauenstimmrecht in Holland.

Amsterdam, 9. Mai. Die „Algemeen Handelsblad“ melbet, hat die niederländische Zweite Kammer einen Antrag auf Einführung des aktiven Frauenstimmrechts mit 64 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Stunde ist gekommen...

Von Friedrich Stampfer.

L'heure du lourd règlement des comptes est venue. Clemenceau.

Ich komme aus Versailles, wo wir Frieden gesucht und Krieg gefunden haben. Ich komme aus Versailles, um den Schläfern in die Ohren zu schreien, daß noch immer Krieg ist.

Ein wirklicher Frieden zwischen zivilisierten Völkern kann nur werden aus Verhandlungen. Die Gegner wollen nicht verhandeln, und darum wäre es Nüch, wenn sie behaupteten, sie wollten den Frieden.

Das ist der harte Boden der Tatsachen, auf den wir uns stellen und auf dem wir unsere Entschlüsse fassen müssen. Wir sind im Krieg und in der Verteidigung, ob wir unterzeichnen oder nicht.

Kann durch die Unterzeichnung nichts weiter erreicht werden als der lächerliche Zustand eines bloßen Scheinfriedens, so bedeutet die Nichtunterzeichnung erst recht Fortdauer des Kriegszustandes.

Unterzeichnen wir, so stehen wir vor einem neuen Kapitel des Weltkriegs; an die Stelle der brüllenden Vernichtung wird die schleichende treten, die Jahrzehnte dauern kann.

Daraus folgt, daß wir es nicht machen dürfen wie Rußland. Rußland hat den Berliner Frieden zunächst nicht unterzeichnet, ist aber dann vor der ersten drohenden Welle der damaligen deutschen Gewalttätigkeiten zusammengelappt.

Der Gegner wird versuchen, einzelne Teile Deutschlands zu besetzen und den Rest durch Hunger zur Übergabe zu nötigen. Wir müssen ihn zwingen, ganze Arbeit zu tun; er soll sich genötigt sehen, ganz Deutschland zu besetzen.

Dazu brauchen wir die Zusammenfassung aller Kräfte. Sie muß möglich sein und wird möglich sein, wenn der Geist des internationalen Sozialismus.

schleht gesehen ist. Wir haben mit dem Herzen auf Seiten der
Buren gestanden, als sie ihren Heldenkampf gegen die monomoni-
sche Umstrickung Englands führten, und die Menschenrechte
der armen Hereros gegen die Gewalt des deutschen Kolonial-
kapitalismus verteidigt. Und jetzt, wo es um unser eigenes
Volk geht, sollten wir Sozialisten eine andere Haltung ein-
nehmen? Wer jetzt das eigene Volk in Stich läßt, ist kein inter-
nationaler Sozialist, sondern ein elender Verräter.

Die öffentliche Stimmung drängt die Regierung zu rascher
Entscheidung. Dazu ist zu sagen: Wir sind im Kriege, und im
Kriege sagt man dem Gegner nicht, was man zu tun gedenkt.
Wir haben bis zum 21. Mai Zeit, unsere schriftlichen Einwen-
dungen vorzubringen. Wir müssen diese Zeit ausnützen, um
eine Antwort fertigzustellen, die unserer würdig ist. Es wird
uns eine Frist gestellt werden, innerhalb deren wir eine end-
gültige Antwort zu geben haben. Wir werden nach Ablauf dieser
Frist als Volk durch unsere Delegation und unsere Regierung
sagen, was wir zu tun gedenken. Zuvor soll keine Macht der
Welt unsere Lippen öffnen.

Das gilt für uns als Ganzes. Aber dem einzelnen ist es
erlaubt, jetzt schon den verantwortlichen Männern zuzurufen:
„Unterzeichnet nicht!“ und seinen Volksgenossen zu
sagen: „Haltet Euch bereit! Haltet Euch bereit, das
Schwerste zu ertragen, das je einem Volk beschieden war! Seid
hart, bleibt fest! Mit aufstrebender Hoffnung werden alle unter-
drückten Völker und Klassen der Welt vernehmen, daß das
deutsche Volk als Mitspieler in ihre Reihen getreten ist.
Man wird aufhorchen in Irland, Ägypten, Indien, in den
arbeitenden Klassen aller Länder der Welt. Man wird in den
Vereinigten Staaten Abrechnung halten mit jenem sonderbaren
Nachfolger Washingtons, der nach Europa gekommen
ist, um die Freiheit zu verkünden, und der zurückkehrt, nachdem
er gefolien hatte, die Menschenrechte abzuschaffen.“

„Es wird kein kurzer und kein leichter Kampf sein.
Mancht nicht an Wunder! Verlaßt Euch nicht auf die Hilfe
der französischen Sozialisten, die sich in entsetzender Stunde
weder groß noch stark gezeigt haben. Es bedarf noch mehr
als eines Tropfens, um den Reih zum Ueberlaufen zu bring-
en, aber die Tropfen sollen beständig. Werdet nicht klein-
mütig, wenn der erhoffte Erfolg auf sich warten läßt, sondern
verhorrt in unerlöschlicher Geduld, in unerschütterlicher Zu-
versicht. Dann wird eure Stunde kommen!“

Der Proteststurm.

Erklärung des Berliner Magistrats.

Die Zahl der Proteste gegen den uns zugemuteten Frieden
wächst von Tag zu Tag. Beim Reichspräsidenten und
Reichsministerpräsidenten liegen zahllose Telegramme aus
allen Teilen Deutschlands vor, die den entschiedensten Protest
gegen die uns zugemuteten Vergewaltigungen einlegen.
Bom Magistrat der Stadt Berlin geht uns folgende Erklärung
an:

Der Magistrat von Berlin hat Hand in Hand mit den deut-
schen Städten und im Namen einer vierstägigen Bevölkerung von
Millionen, die oft genug belundet hat, wie sehr sie den Wunsch
hegt, in Gemeinschaft mit den anderen Nationen die Werke der
Kultur und des Friedens zu fördern, der Reichsregierung seine
tiefe Erschütterung über das Friedensange-
bot zum Ausdruck gebracht. Er spricht das Vertrauen aus, daß
unsere Unterhändler in den bevorstehenden Verhandlungen über-
zeugend zur Geltung bringen werden, wie sehr es die Gebote der
Moralität und der Menschlichkeit verlangen würde, im Herzen
Europas ein dahinsiehendes Band zu schaffen
und dadurch fortwirkende Reibungsstellen gewaltlos zu erzeu-
gen, anstatt den Völkern im Anblich seiner ungeheuer trau-
rigen Folgen für immer zu begraben.

Reichliche Kundgebungen haben ferner erlassen: Bürgerschaft
und Senat der Stadt Hamburg, Bremische Nationalversammlung,
das badische Staatsministerium und viele andere.

Sie schließen sich an!

Der kommunistisch beherrschte „Reichsberuflosen-Aus-
schuß“ übersendet uns eine Erklärung (unterzeichnet Reiset,
Gertzurich, Wendel), in der er es ablehnt, die Regie-
rung im Kampfe gegen die uns zugemuteten Friedensbedingungen
zu unterstützen. In der Erklärung heißt es u. a.:

Die Organisation der deutschen Beruflosen, die nunmehr
3 Millionen Volksgenossen umfaßt, hat keine Veran-
lassung, der Regierung, Ober-Scheidemann die erbetene Ge-
sellschaft zuzugewinnen. Wir protestieren gegen das im
Auftrag der Regierung erteilende Ansuchen und fordern
alle Landes- und örtlichen Beruflosenausschüsse auf, in Ver-
sammlungen dasselbe zu tun.

Der Rufus enthält wohl ein Duzend Schmähungen gegen die
Regierung, aber bezeichnenderweise kein einziges Wort des Wider-
spruchs oder des Protestes gegen die Friedensbedingungen, die
auch die Beruflosen auf das allerhöchste treffen
mühten. Aber vielmehr betrachten es die Herrhuren und Genossen
unter dem Gesichtswinkel eines erfreulichen Nachjuchses, wenn
durch die Friedensbedingungen die Zahl der Arbeitslosen, die dann
der Reichsberuflosenausschuss vertreten kann, von zwei auf
zwanzig Millionen wächst.

Weitere Pressstimmen des Auslandes.

Nachfolgend veröffentlichen wir noch einige Blätter-
stimmen des neutralen und feindlichen Auslandes, die im
wesentlichen das Bild der letzten Tage bestätigen. Mit Aus-
nahme der als chauvinistisch bekannten Presse findet der Ver-
trag fast allgemein Ablehnung und erregt wegen seiner mög-
lichen Folgen Zurüt und Bestürzung:

Frankreich.

„Humanité“ erklärt, der Friede sei in Wahrheit ein Ge-
waltfrieden. Ueber die Anerkennung des englischen Protekt-
rates über Ägypten, dessen Bevölkerung der schrecklichsten poli-
tischen und wirtschaftlichen Unterdrückung unterworfen sei, sagt
das Blatt, diese bedeute ein großes, furchtbares Verbrechen. Dieser
Friede sei nicht ein Völkervertrag, sondern der Friede
drei Männer: Clemenceau, Lloyd George und
Wilson. Der Krieg wurde von drei Kaisern angefan-
gen und ist durch drei Kaisern beendet worden.
Aber die Völker bleiben im Schatten, nachdem sie im Blut ge-
waltet haben. Nur eine internationale Organisation der Ar-
beiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

„Echo de Paris“ erklärt, daß das Trennungsmoment der
Großen Produktions-Massen mit seinem Appell an die internatio-
nale Brüderlichkeit die Führer der alliierten Mächte hart ver-
stimmt habe, insbesondere Lloyd George. Sein Versuch, die Hilfe
der Alliierten für die Emission einer Anleihe zugunsten Deutsch-
lands zu erlangen, werde die gebührende Antwort erhalten.

„Action Française“ meint, die Alliierten hätten den
Schweizer Fehler begangen, mit einem als geschlossenes Ganzes be-
trachteten Deutschland zu unterhandeln. So könne man wirklich
nicht mehr behaupten, daß Bismarcks Werk ruiniert sei.

„Victoire“ und „Avenir“ finden die Regelung der Fi-
nanzfrage unbefriedigend. Die „Petit Parisien“ mit-
teilt bezüglich dieser Ansicht auch in der Deputiertenkammer vor.

Im „Matin“ veröffentlichten der Vorsitzende des Subge-
schäftes der Kammer Peret und der Generalberichterstatter des
Budgets Marin Erklärungen, in denen es heißt, Frankreich habe
einen besseren Frieden verdient. Es müsse jetzt mindestens zehn
Milliarden neuer Steuern jährlich ausbringen.

„Rappel“ bezeichnet den Entwurf als seltsame Mischung
imperialistischer Programme mit dem Wilson-
schen Evangelium, welche die Schwereigkeiten nicht regeln,
sondern aufschieben. Fünfzehn Jahre Unentschiedenheit wirtschaft-
licher, finanzieller und politischer Konflikte sei nicht der Friede,
welchen man erwarten durfte.

„Ceuvre“ meint, der Friedensvertrag sei namens einer
ganz begrenzten Liga ausgearbeitet. Einer der Wilsonschen Haupt-
grundsätze habe die Bildung einer besonderen Koalition innerhalb
der Gesellschaft der Nationen verboten, aber wer denke denn heute
noch daran, jedoch gerade auf der Grundlage der Wilsonschen
Grundsätze sei der Waffenstillstand abgeschlossen und gedächten
die Deutschen über den Frieden zu unterhandeln. Aber falls die
alliierten Diplomaten sich nicht selber verplügen wollten, mühten
sie den Kampf mit den feindlichen Delegierten gemäß den moralis-
chen Bedingungen anzunehmen, welche sie ihnen selbst auferlegt
hätten.

„Journal des Débats“ schreibt: Die deutsche Presse
protestiert gegen die Friedensbedingungen und erklärt sie für un-
annehmbar. Dies kann uns nicht rühren. Ganz Deutschland müsse
solidarisch die Folgen seiner Niederlage tragen.

Der heutige „Populaire“ enthält drei äußerst scharfe Ar-
tikel gegen den Friedensentwurf. Im ersten Artikel erklärt
Lougnet, der Entwurf sei die Verneinung eines ge-
rechtigen Dauerfriedens. Lougnet erinnert an die Reden
Wilson's, in denen er sich gegen jene erhebt, welche die Offen-
sivität so sehr verachten, daß sie ihre egoistische Abmachungen und
Kompromisse vorschlagen, die man mit denjenigen des Wiener Kon-
gresses vergleichen könne. Dies hätten die Alliierten getan. Es
sei ein Gewaltfrieden, für deren möglichst baldige Beseitigung
sich das Proletariat Europas unerschöpflich einsetzen werde.
In einem weiteren Artikel erklärt das Blatt, es sei kein Friede-
vertrag, sondern ein Kriegsvertrag. Das Preußentum,
durch die deutsche Revolution aus Deutschland vertrieben, habe sich
in demokratische Länder geschleift. Die alliierten Regierungen
wollten das deutsche Volk als Vergeltung für die Verbrechen seiner
Führer erdrücken. Ein derartiger Wunsch muß das Bewis-
sen aller Völker empören. Niemals würden Rechtsgrundzüge
derart heuchlerisch verlegt. Die alliierten Regierungen be-
handeln Völker wie Vieh oder Tauschware. Die Sozialisten,
welche einen Verständigungsfrieden mit der deutschen
Demokratie wünschten, würden einen Vertrag nie unterzeichnen,
welchen Napoleon, Kossig und die Militärs aller Zeiten
schon gefunden hätten. Das Blatt schließt: Zwischen uns und den
offiziellen Imperialisten werden wir den Abgrund immer tie-
fer graben, und mit Befriedigung stellen wir fest, daß die reaktio-
näre Presse, wenn sie auch nicht zu unseren Schlussfolgerungen ge-
langt, die Gefahr ankündigt, welche demnächst Europa einfallen
wird.

„Information“ erklärt: Soweit sich beurteilen läßt, ent-
hält der Vertrag ausgezeichnete Dinge. Das Ideal wäre,
daß man alles auf einen Schlag regelte, aber dies ist un-
möglich und man muß sich mit der Notwendigkeit eines weiteren
Regelung und mit Verträgen abfinden, welche hauptsächlich das
Saargebiet, die Zahlungen, die Räumung, die Kon-
trolle und die Abrüstung Deutschlands betreffen wer-
den.

England.

Amsterdam, 10. Mai. Die „Telegraaf“ aus London
meldet, schreibt die „Westminster Gazette“, die verhältnis-
mäßig kleine Veränderung in der Karte Deutschlands sei in Wirk-
lichkeit gewaltig. Die ganze wirtschaftliche Struktur werde da-
durch verändert. Die Alliierten müssen bedenken, daß sie die Scho-
denvergütungen nicht vom alten Deutschland erhalten, sondern von
dem Deutschland, das seiner wichtigsten Hilfsquellen be-
raubt ist. Die Alliierten mühten jetzt zeigen, daß unter dem Völ-
kerbund der Grundgedanke des freien Zuganges zu den mineralischen
Hilfsquellen in jedem Gebiet Europas auf alle Völker angewandt
werden wird.

Amerika.

„New York Tribune“ sagt: Die Macht der Summen ist
gebrochen.

„New York Sun“ erklärt, daß Deutschland vernichtet
sei. Damit sei die Legende aus der Welt geschafft, daß Wilson
gegen die Zentralmächte zu milde geschickt sei.

W. das Niederländische Pressureau Radio aus New York
meldet, schreibt die „New York Times“, Deutschland sei ohn-
mächtig gemacht worden.

„New York World“ erklärt, es sei ein bitterer Trost
in diesem Reich der Niederlage, den die Deutschen bis zur Reize
leeren mühten.

„Express“ schreibt: Diese Friedensbedingungen bezeichnen
einen furchtbaren Fall. Die deutsche Nation, die die Welt beherr-
schen wollte, sei zu einem Volke gemacht worden, das weder Herr
noch Sklave, aber eine gewaltige Schuldenlast haben und ohne
Einfluß oder Prestige in der internationalen Politik sein werde.

Italien.

Die Mailänder Blätter bezweifeln in ihren Kommentaren,
daß die Verfallener Prämialien einen dauerhaften Frieden bring-
en werden, ohne allerdings im einzelnen bereits Kritik zu üben.
Diese muß, wie „Corriere della Sera“ meint, besonders
von der Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft geleitet sein.
Zu den Grenzbestimmungen erklärt das Blatt, daß zwar einige
Verletzungen des Nationalitätsprinzips infolge
des Mangels natürlicher Grenzen nicht zu vermeiden gewesen seien,
daß aber andere sehr wohl hätten vermieden werden können. Die
Zukunft Europas würde sich beruhigender gestalten, wenn die All-
iierten die Kraft gefunden hätten, ihre Begierden und Leidenschaften
und insbesondere ihr Verlangen nach Rache zu meistern.

„Secolo“ wendet sich offen gegen die Bestimmungen ange-
sichts der bedrohlichen politischen Ereignisse der letzten Monate.
Mit ihrer willkürlichen Angliederung gewisser Gebiete und
ihrer veralteten Verutung auf strategische Not-
wendigkeiten müsse sich die Zukunft der ganzen Menschheit
qualvoll gestalten. Der Artikel über Österreich bedeute eine Ver-
letzung der Rechte Österreichs und der Rechte Italiens.
Auch der „Corriere d'Italia“ und die „Epoca“ miß-
billigen die Klausel über Österreich. „Epoca“ sagt, daß die
Interessen Italiens in bezug auf dieses Land noch besser gewähr-
leistet werden müßten.

Ungarn.

Budapest, 9. Mai. Die ungarische Presse bezeichnet die
Verfallener Friedensbedingungen als ein politisches A-
ktenstück, das die Verfallener der Diktatur des Kapital-
ismus bedeute. Der „Pester Lloyd“ nennt das Verbot
von Verfallener über Deutschland ein Todesurteil und betont,
es sei zweifellos, daß die Bedingungen dieses Friedensvertrages
praktisch niemals durchgeführt werden könnten. Die Ent-
sente stelle an die deutsche Arbeiterschaft das freche Ansinnen,
auf unabsehbare Zeiten für fremde Interessen ein Sklaven-
leben zu führen.

„Keresztes“ schreibt: Der Friedensvertrag, den man
Deutschland aufzwingen will, verpötte die 14 Punkte Wilsons.
Die Franzosen wollten deutsche Provinzproletariate zwingen, Skla-
ven französischer Kapitalisten zu sein.

Die „Volksstimme“ sagt: Nach diesem Diktat wird das
deutsche Volk nicht mehr geneigt sein, sich im Interesse der Entente
als Volkverrat gegen den Volkshemismus gebrauchbar
zu lassen.

Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen.

Amsterdam, 10. Mai. (Nachung der „Telegraaf-Kompagnie“.)
Nach einer Pariser Information der „Times“ beabsichtigen die
Alliierten über die wirtschaftlichen Fragen in schriftliche Ver-
handlungen mit Deutschland einzutreten. Dagegen soll eine
Diskussion über die Festlegung der Grenzen abgelehnt werden.
Die Beschlüsse der Alliierten in bezug auf die territorialen Fragen
sollen festgelegt und es sei ausgeschlossen, auf Grund von
Gegenvorschlägen Veränderungen des Friedensvertrages nach dieser
Richtung hin vorzunehmen.

Die Schweizer Neutralität.

Bern, 9. Mai. Schweizerische Telegraphenagentur. Auf
Grund des Vertrages des Wiener Kongresses von 1815
hat die Schweiz das Recht, im Falle eines Kriegsausbruchs
Nord zu betreten und als neutrale Zone zu behandeln.
Die französische Regierung ersuchte die Schweizer Regierung um
Auslieferung dieses Serwitius. Der Bundesrat hat sich
einerseits erklärt, vorbehaltlich der Zustimmung der eid-
genössischen Mächte, in den Friedensvertrag einen Artikel auf-
zunehmen, der dieses Serwitius aufhebt. Der Bundesrat betont
aber ausdrücklich die ihm vom Wiener Kongreß garan-
tierte Neutralität und Souveränität seines Territoriums.

Er hat es immer gesagt!

Adolf Hoffmanns Prophezeiungen.

In der Preussischen Landesversammlung haben die Unab-
hängigen eine wesentlich andere Stellung eingenommen als
ihre Freunde im Friedensauschuss. Im Friedensauschuss schlossen
sie sich dem einmütigen Protest der Parteien gegen die Friedens-
bedingungen an, während sie in der Preussischen Landesversam-
mlung es nicht über sich gewannen, einer gemeinsamen Erklärung
beizutreten. Ihr Vorkühner und Inspirator war dabei Adolf
Hoffmann, der u. a. folgendes äußerte:

„Von den imperialistischen Regierungen der Entente waren
andere Bedingungen nicht zu erwarten. Dieser
Friedensvertrag ist die Folge des kapitalistischen Systems.“

Adolf Hoffmann erinnert uns an eine Figur des Dichters
Wilhelm Hauff, an jenen Nachbarn, dessen drittes Wort ist: „Hol
ich's nicht immer gesagt“, auch wenn er fünf Minuten vorher noch
das Gegenteil behauptet hat. Denn wie äußerte sich Adolf Hoff-
mann am 18. Juni 1918 in einer großen Rede, die er für so wichtig
hielt, daß er dem „Vorwärts“ die gestützte Wiedergabe sehr ver-
liebt? Er sagte nach dem Stenogramm:

„Ein demokratisches Deutschland hätte in aller
Welt Freunde. Sogar die Demokratie in Deutschland, hätte
Deutschland auch einen Frieden ohne Annexionen und
Kontributionen, nicht einen solchen Frieden, wie Deutsch-
land auf Grund aufgezwungen hat. Selbst wenn Clemenceau
den Krieg weiterführen wollte, würde ihn die Revolution der Ar-
beiter wegjagen, genau wie die Kriegsherrn in England und
Italien. Es würde der Sieg der Demokratie weiter nichts her-
beiführen, als die Verteidigungskräfte in Deutschland stärken und
uns mit der Welt wieder ausöhnen.“

Das hat damals übrigens nicht nur Adolf Hoffmann gesagt,
so haben alle Unabhängigen geredet. Wenn wir Mehrheitssozialisten
dagegen einwandten, daß der herrschende Imperialismus der
Ententestaaten auch ein demokratisches Deutschland nicht schonen
würde, so wurden wir von den Unabhängigen bedrängt auf das
allergeringste belächelt. Jetzt plötzlich sagt Adolf Hoffmann: „Es
war nicht anders zu erwarten.“ Ja, wenn Adolf Hoffmann es si-
cher nicht anders erwartete, warum haben dann er und seine Freunde
während des ganzen Krieges das genaue Gegenteil so
haupte?!?

Skandalpolitik der „Freiheit“.

Die „Freiheit“, die auch in dieser Stunde nichts Besseres zu
tun weiß, als den inneren Kampf Mann gegen Mann zu führen
beschränkt sich auf eine heftigen Stimmungsmache, weil ich über
die Pariser Sozialistischen Parteistimmungen nicht weiter berichtet
als mein Augenmaß in Berlin dauerte. Bis dahin war die
Kueste allerdings sehr dürftig, und ich freue mich, aus noch
kommenden Telegrammen zu erfahren, daß die Kritik an dem un-
glücklichen „Friedenswerk“ der Entente seitdem lebhafter geworden
ist. Wenn ich davon warnte und noch warne, den augenblicklichen
Einfluß der französischen Sozialisten zu überschätzen, und wenn ich
darauf hinwies, daß ihre Haltung keineswegs einheitlich ist, so
erfülle ich damit nur eine Pflicht der Wahrheit. Gerade der So-
zialist, die ich empfehle, läme gar nichts gelegener als eine kraft-
volle, geschlossene Aktion der französischen Arbeiterschaft. Trotzdem
warne ich — bis zum Beweis des Gegenteils, der niemandem mehr
freuen wird als mich — alles auf diese eine Karte zu setzen.

Friedrich Stampfer.

Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Die Delegierten der S. V. D.-Arbeiterräte erhalten und über
den Verlauf der von Richard Müller einberufenen Vollversam-
lung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 10. Mai folgenden Be-
richt: Die gemeinsame Proklamationsaktion der S. V. D. und der
Arbeiterräte hatte beschlossen, eine Delegation von je drei
Vertretern der beiden Proklamationen in die für heute von Richard
Müller einberufene Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte
zu entsenden, um einmal jeden Sachverhalt eines Verstoßes der So-
zialierung der Berliner Arbeiterräte von seit erder S. V. D. und
S. V. D. zu vermeiden, und zum andern eine Vollversammlung zu
Aufhebung des Beschlusses gegen den kommu-
nalen Arbeiterrat Genossen Richter zu ermöglichen
dessen Ausschluß eine Diskreditierung des Pro-
gramms bedenklich darstellte. Die in der „Freiheit“ vom 10. Mai er-
schienene Einladung zur Vollversammlung der Arbeiterräte ist ein
Fehlgriff, denn der dort unterzeichnete Genosse Prolet hat diese
Einladung in Wirklichkeit nicht unterschrieben.

Es lagen den versammelten Arbeiterräten der Unabhängigen
und der Kommunisten zwei von ihnen gestellte Anträge vor, die
eine verfassungskonforme und gewundene Aufhebung des Beschlusses be-
deuteten, den Genossen Richter aus der Vollversammlung auszu-
schließen.

Das genügte den Vertretern der S. V. D. und der U. V. aber nicht
Es wurde deswegen von ihnen die Vollversammlung nochmals aus-
drücklich befragt und ohne jeden Widerspruch befragte die Ver-
sammlung, daß der Beschluß aufgehoben sei.

Damit war die Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit mög-
lich geworden. Deswegen beantragten wir, die Vollversammlung zu
verlangen und unverzüglich eine rechtmäßige Vollversammlung ein-
berufen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Delegierten der
S. V. D. und der U. V. verließen die Vollversammlung. Die Unab-
hängigen und Kommunisten agierten weiter.
Geinig, Loeksohn, Büchel.

